



⇒ Ulrich Thielemann

Freiheitsverlust durch Marktversagen?

Joseph Stiglitz' *The Road to Freedom* kann nur teilweise überzeugen

In seiner jüngsten, im April 2024 erschienenen Buchpublikation *The Road to Freedom* möchte Joseph Stiglitz aufzeigen, dass und wie der »entfesselte Kapitalismus« unserer Zeit die Freiheit der überwiegenden Mehrheit der Bürger aushöhlt. Dies gelingt ihm allerdings nur teilweise, da sein normativer Bezugspunkt das Marktversagensparadigma bildet, demzufolge die Übel aus einem zu geringen Wettbewerb erwachsen. Die Einsicht in den Wettbewerb als der tiefergreifenden Quelle des Freiheitsverlustes wird dadurch versperrt.

Joseph Stiglitz ist der wohl umtriebigste und vielleicht (neben dem deutlich jüngeren Adam Tooze) der prominenteste »dissenting economist« der Gegenwart. Aus einer dezidiert ökonomischen Perspektive kämpft er unermüdlich gegen den nach wie vor hegemonialen Neoliberalismus und dessen Politik »entfesselter Märkte« (*unfettered markets*). Sein jüngstes Buch *The Road to Freedom. Economics and the Good Society*¹ ist von dem Wunsch getragen, die These des Neoliberalismus zurückzuweisen, wonach die Entfesselung der Marktkräfte »der Freiheit« diene. Dieser pauschalisierenden Rede hält Stiglitz einen qualifizierten Freiheitsbegriff entgegen. Dabei werde nämlich zum einen nicht gefragt, *in welcher Dimension* »die Freiheit« befördert werde und in welcher möglicherweise geschwächt, sodass am Ende die »reale Freiheit« (293) durch die freie Entfaltung der Marktkräfte beeinträchtigt werden könnte. Zum anderen werde ignoriert, dass »die Freiheit des einen die Unfreiheit des anderen« (274) bedeuten könne, und zwar auch ganz ohne physische Einwirkung, allein durch die Wirkungsweise »freier

Märkte«, also in Ausübung der Vertragsfreiheit. Diese doppelte Qualifizierung im Begriff der Freiheit erlaubt es, ihn mehrdimensional zu fassen und insbesondere auch »politische Freiheit« einzu-

Joseph E. Stiglitz (2024): *The Road to Freedom. Economics and the Good Society*, London: Allen Lane. 384 S., ISBN 978-0-241-68788-8, GBP 10,99.

DOI: [10.18156/eug-2-2025-rez-17](https://doi.org/10.18156/eug-2-2025-rez-17)

(1) Diese Rezension hat die englische Originalausgabe zur Grundlage. Alle Übersetzungen durch den Autor.

schließen (XI u.ö.). Zum anderen ermöglicht sie eine Deontologisierung des Begriffs, sodass interpersonale Freiheitskonflikte erkennbar werden und nach der Freiheit »für wen?« und »für wen nicht?« gefragt werden kann (XI). Wer schränkt hier, durch Wahrnehmung seiner Freiheitsspielräume, die Freiheitsrechte anderer ein? Dies soll es Stiglitz zufolge erlauben, die »Mythen über Freiheit«, wie sie von »der Rechten« propagiert werden, zu entlarven (293) und ihr »Monopol auf die Anrufung von ›Freiheit‹ zu brechen, um so den Freiheitsbegriff zurückzuerobern« (284).

⇒ Dimensionen des Freiheitsverlusts

Nach einer systematischen Theorie des Freiheitsverlustes durch die Entfesselung ›freier Märkte‹ sucht man in Stiglitz' neuem Buch allerdings vergeblich. Dies betrifft sowohl die Dimensionen der Freiheit als auch die der Wirkungskanäle bzw. Ursachen und Verursacher von Freiheitsverlusten. Das Buch ist eine Tour d'Horizon der Themen und Positionen, die Stiglitz in zahlreichen Publikationen auch sonst vertritt, diesmal mit dem Fokus auf die Freiheit bzw. den Freiheitsverlust. Ihm sei klar geworden, so schreibt er in der Einleitung, dass »die Mängel in unserer Wirtschaft (und den vorherrschenden Ansätzen innerhalb der Volkswirtschaftslehre) tiefgründiger« seien (XXIII), als er bislang angenommen hatte. Darum nun dieses Buch.

Was die Dimensionen anbelangt, in denen sich mögliche Freiheitsverluste manifestieren, so finden wir als die wohl dominanteste Dimension den Verlust von Einkommen, der etwa in Folge von Finanzkrisen eintreten kann oder sich aus der Ausübung von »Monopolmacht« (126) bzw. durch »Ausbeutung« ergebe (vgl. 31ff.). In einem geschickten Schachzug begreift Stiglitz »ökonomische Freiheit« nicht als die Entfaltung von Marktmacht durch die eigeninteressierte Wahrnehmung von Vertragsfreiheit, sondern als die positive Freiheit der Verfügbarkeit über Einkommen für die breite Masse der Bevölkerung: »Jemand mit einem sehr niedrigen Einkommen hat nur geringe Wahlfreiheiten.« (7) Und Stiglitz meint damit: Dies ist keine Frage bloßer Eigenverantwortung, sondern es besteht eine politische Verantwortung, diese Freiheit herzustellen, etwa durch progressive Besteuerung oder Regulierung.

Die Vertragsfreiheit (›freedom to contract‹), die eng mit der Freiheit von Regulierung bzw. mit Liberalisierung verbunden ist, wird von Stiglitz deshalb von »ökonomischer Freiheit« getrennt thematisiert. Es handle sich bei jener eher um die Freiheit der Täter bzw. der »Wölfe«, nicht wie bei der »ökonomischen Freiheit« um die Sicherstellung der

»Freiheit der Schafe« (XV). Neben dieser persönlichen Dimension von Freiheitsverlusten erwachse aus der Herrschaft »entfesselter Märkte« auch ein Verlust an politischer Gestaltungsfreiheit, was vor allem für die verschuldeten Staaten des Südens gelte.

⇒ Übergreifende Diagnose: Marktversagen

Joseph Stiglitz erhielt im Jahr 2001 den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften für seine Arbeiten zu »unvollständigen« und vor allem »asymmetrischen Informationen«. Diese gelten als eine Erscheinungsform des sogenannten »Marktversagens«. Und auch der Freiheitsverlust ergibt sich für ihn aus »Marktversagen«. Man muss sich also zunächst mit Stiglitz' Theorie des Marktversagens beschäftigen, um seine Thesen zum Freiheitsverlust zu verstehen.

Stiglitz ist ein Meister darin, überall »Marktversagen« zu verorten. »Markets are essentially never efficient.« (51, vgl. auch 78f.) Und die »unsichtbare Hand« sei darum unsichtbar, weil sie nicht existiere, womit lediglich gemeint ist, dass die Voraussetzungen ihres »wohlütigen« Wirkens in der Regel nicht erfüllt sind. Denn die Idealitätsannahmen, die jedenfalls der mathematisch-szientistische, der dominante Strang der Ökonomik ersonnen hat, um die Herrschaft des Marktprinzips zu rechtfertigen, seien »so eingeschränkt, dass sie für jede reale Wirtschaft irrelevant sind« (34). »Marktversagen« ist die Unvollkommenheit, mit der das Marktprinzip faktisch wirksam ist (vgl. Thielemann 2020a, 170–177). Der reale Markt läuft hier also weniger perfekt ab, als er nach von Ökonomen aufgestellten Idealitätsbedingungen könnte und sollte. Natürlich könnte der Markt auch mit Blick auf andere Wertdimensionen »versagen«. Aber es sind spezifisch ökonomische bzw. ökonomistische Werte, die hier als Messlatte dienen. Abgestellt wird dabei vor allem auf das Prinzip der »Effizienz«, zumeist utilitaristisch verstanden als überpersönliche Gesamtnutzenmaximierung, in der Regel als BIP-Wachstum gefasst. »Effizienz« fungiert dabei als mythisches Oberkriterium. Stiglitz schreibt dazu: Der Begriff steht schlicht für alles, was »wünschenswert« ist (35); er steht in Harmonie mit anderen ethischen Werten wie »Fairness« (66); wenn Märkte »gut funktionieren«, liefern sie »sozial effiziente« Resultate, d.h. »gute« sind zugleich »effiziente« Ergebnisse (274).

Mit Hayek und Friedman stimmt Stiglitz darin überein, dass das Wirtschaften letztlich nach Maßstäben der »Effizienz« zu beurteilen sei (284), worin der – eo ipso normative – »ökonomische Standpunkt« begründet sei (7). Der einzige systematische Unterschied besteht darin,

dass Stiglitz im Gegensatz zu Hayek und Friedman meint, der Markt ›versage‹ ständig und systematisch. Die systematischen Gründe dieses ›Versagens‹ sind unklar und einigermaßen rätselhaft, da, von externen Effekten abgesehen, keine anderen Kräfte als Marktkräfte – das Eingehen und Auflösen von Tauschvertragsbeziehungen – unterstellt werden. Und dennoch ›versage‹ der Markt just an den Maßstäben, die die Ökonomik seit gut 200 Jahren – modelltheoretisch finalisiert durch Kenneth Arrow und Gérard Debreu in den 1950er-Jahren (vgl. 78f.) – in rechtfertigender Absicht zugunsten ›freier‹ bzw. (von Regulierung) befreiter Märkte etabliert hat.

⇒ ›Ausbeutung‹ durch zu wenig Wettbewerb?

Ein nicht ›versagender‹, ›unverzerrt‹ prozessierender Markt laufe nach den Vorgaben »vollständiger Konkurrenz« (*perfect competition*) ab; und nur unter dieser Voraussetzung Sorge der Markt für »Effizienz« (307). Ein derart »perfekt« funktionierender Markt repräsentiere »harmonische Verhältnisse« und stehe dem »Gesetz des Dschungels« entgegen (132).

In einem ›perfekt‹ funktionierenden Markt hätte niemand Macht (was offenbar als wünschenswert erachtet wird) und damit auch niemand die »Freiheit, andere auszubeuten« (*freedom to exploit*) (122ff.). ›Ausgebeutet‹ würden Normalbürger in ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer und Konsumenten durch Unternehmen, was ihre Freiheit einschränke. Diese ›Ausbeutung‹ sei den Unternehmen nur möglich, weil sie über ›Marktmacht‹ verfügten; und ›Marktmacht‹ sei ein Zeichen geringen oder fehlenden Wettbewerbs. Die Folgen dieser Wettbewerbslosigkeit seien steigende Kapitaleinkommen einerseits, stagnierende Reallöhne andererseits. Diese zentrale These wird vor allem in Kapitel 7 (122–147) entfaltet.

Stiglitz nimmt an, dass die Löhne (gemeint ist vor allem: für Normalbeschäftigte, nicht Top-Manager, Anwälte oder Unternehmensberater) in einer »wettbewerblichen Welt« höher lägen als heute; dass die Preise für Nahrungsmittel tiefer seien und die Arbeitnehmer nicht mehr »gezwungen würden, mehr zu arbeiten« (125). Gegenüber demjenigen, der glaubt, der Neoliberalismus hätte das Wettbewerbsniveau gesenkt, wäre allerdings zu fragen, welche Kraft es denn sein soll, die es Firmen erlaubt, »damit zu drohen, ihre Produktionsstätten ins Ausland zu verlagern« (125), um so nicht nur Löhne zu drücken, sondern die Beschäftigten auch gefügiger zu machen. Die Antwort von Stiglitz dürfte lauten: Es ist deren ›Marktmacht‹. Und ›Marktmacht‹ sei stets ein Zeichen

geringen oder ausbleibenden Wettbewerbs. Diese Sicht verkennt allerdings, dass sich ohne Marktmacht schlechterdings nichts bewegt im Markt (vgl. Thielemann 2010, 370ff.). Marktmacht, das ist: Kaufkraft auf Seiten der Käufer einerseits, und auf Seiten der Verkäufer andererseits die Macht, Kaufkraft zu sich hin zu leiten und von anderen, ihren Konkurrenten, weg zu leiten, was in der Regel mit Begriffen wie Produktivität oder Wettbewerbsfähigkeit belegt wird.²

Wer Marktmacht beseitigen will, beseitigt deshalb zugleich den Wettbewerb (vgl. Thielemann 2010, 369–373). Dies entgeht den »Marktmachtphobikern« (Dieter Schmidtchen) allerdings, da sie im Modell sogenannten vollständigen Wettbewerbs den Kulminationspunkt eines denkbar intensiven Wettbewerbs erblicken, wo es doch ein stillgestellter Wettbewerb wäre, unter dessen Ägide morgen genau das gleiche verkauft bzw. gekauft wird wie heute, und zwar zum gleichen Preis. »Vollständiger Wettbewerb« nimmt »jenen Zustand als bereits bestehend an, den der Prozess des Wettbewerbs erst schaffen soll« (Hayek 1952, 122) und läuft auf »Schlafmützenkonkurrenz« hinaus (Fritsch/Wein/Ewers 2005, 66).

Natürlich verschärft sich der Wettbewerb für die (hiesigen) Beschäftigten, wenn den Unternehmen via Globalisierung die Möglichkeit geboten wird, Produktionsstätten in Billiglohnländer zu verlagern –, die zuvor ihre Einkommensquelle im globalisierten Agrarwettbewerb verloren haben mögen. Damit nehmen diese Unternehmen ihre Marktmacht wahr, die systematisch eine negative Macht, also eine Enthaltung ist: sie wählen, ganz ohne Einsatz von Gewalt, die Exit-Option, d.h. sie gewähren keine Vorteile mehr. Konkret: Sie stellen die Lohnzahlung ein, sie kündigen. Sie wählen dabei die Exit-Option zugunsten einer anderen, »besseren« Entry-Option. Das Verhältnis zwischen jenen, denen gegenüber ein Unternehmen (oder ein Marktteilnehmer ganz allgemein) die Exit-Option wählt und denjenigen, zu denen es die Entry-Option wählt, *ist* der Marktwettbewerb. Je mehr Exit bzw. Exit-Drohung, desto mehr Wettbewerb, desto mehr Druck.

Doch nach Ansicht der Modellökonomik unterliegen nicht Beschäftigte, sondern allein Unternehmen dem Wettbewerb. Dabei verhält es sich genau umgekehrt: Die Unternehmen, letztlich: das Kapital, welches die Unternehmen via »market for corporate control« steuert, spielt die Beschäftigten gegeneinander aus (vgl. Thielemann 2010, 365–368). Laut Stiglitz ist es aber nicht der Wettbewerb, sondern die Wettbewerbs-

(2) Strenggenommen ist auch Kaufkraft eine Form von Wettbewerbsfähigkeit, nämlich im Wettbewerb der Käufer untereinander.

losigkeit via »Marktmacht«, die dafür sorgt, dass »Ressourcen von Normalbürgern zu Firmeneigentümern transferiert« werden (180). Was Stiglitz als Marktmacht deutet, das *ist* der Wettbewerb, dem wir alle in wachsendem Maße unterworfen sind.

⇒ »Progressiver Kapitalismus«

Stiglitz' verfehlte Konzeptualisierung von Marktmacht ist insofern nicht weiter tragisch, weil er dennoch ziemlich genau die richtigen Maßnahmen vorschlägt. Er plädiert nämlich für eine »Wiederbelebung der Sozialdemokratie« (*rejuvenated social democracy*), die er »progressiven Kapitalismus« (*progressive capitalism*) nennt (264ff.). Der Kern dieser Idee ist die Brechung der Macht des Kapitals, dem seine Freiheit, die »Freiheit auszubeuten«, genommen werden soll. Für den »progressiven Kapitalismus« sei »die Begrenzung von Macht entscheidend«, womit vor allem die »Beschränkung der Macht der Unternehmen« gemeint ist (258 u 269). »Kapitalisten« sollen »davon abgehalten werden, unsere soziale, wirtschaftliche und politische Ordnung [wie sie in der Nachkriegszeit aufgebaut wurde und heute noch rudimentär besteht, wäre hinzuzufügen; UT] zu zerstören« (292).

Das vornehmliche Instrument dazu ist für Stiglitz eine Politik, die Marktmacht bzw. Marktversagen beseitigen soll und die sich Wettbewerbspolitik nennt, in dem Glauben, den Wettbewerb zu fördern, obwohl sie ihn schwächt. Die Maßnahmen, die Stiglitz zugunsten einer Wettbewerbspolitik vorschlägt, sind reichlich zahm und umfassen neben dem Üblichen (Fusionen und stillschweigende Absprachen begrenzen) etwa Maßnahmen wie die, dass der Staat selbst produktiv wird (vor allem im Bereich öffentlicher Daseinsvorsorge) oder er industriepolitische Subventionen für potenzielle Markteinsteiger bereitstellt, die den etablierten Anbietern das Leben schwer machen sollen. Stiglitz muss nämlich befürchten, bei weitreichenderen Maßnahmen (z.B. eine Zerschlagung von Konzernen) von den Vertretern der *Chicago School of Economics* und den *Austrians* – von derselben normativen Vorgabe ausgehend, dass Wettbewerb unbegrenzt herrschen soll – mit dem Vorwurf konfrontiert zu werden, statt »Schutz des Wettbewerbs« im genauen Gegenteil »Schutz der Wettbewerber« – der schwächeren nämlich – zu betreiben.³ Dort, wo Ökonomen, die überall Marktversagen erblicken und selbst heute, wo doch Wettbewerbsfähigkeit zum obersten Kriterium der Politik ebenso wie der privaten Lebensführung geworden ist, einen

(3) Vgl. die Quellen in Thielemann 2010, 213f.

nachlassenden Wettbewerb und wettbewerbswidrige Monopole auszu-machen meinen, machen Ökonomen der Chicago-School ebenso wie die *Austrians* »überlegene Effizienz« aus.⁴ Damit ist schlicht marktför-mige Überlegenheit, »überlegene unternehmerische Fähigkeit« ge-meint (Schmidtchen 1988, 131). Zu dieser gehört auch die rentabilitäts-extremistische »Findigkeit«, alle Verantwortlichkeiten abzustoßen, so dies der Gewinnerzielung dient. Ebenso zählt dazu auch die Macht (und ihr ggf. skrupelloser Einsatz), gegenüber weniger zahlungskräf-tigen Kunden die Exit-Option zugunsten zahlungskräftigerer Kunden zu wählen, was sich in Preiserhöhungen niederschlägt.⁵

Auch viele der weiteren politischen Maßnahmen, die Stiglitz zur Ent-wicklung eines »progressiven Kapitalismus« vorschlägt (218–225), die allesamt »Marktversagen« beheben, also einen Mangel an Wettbewerb beseitigen sollen, laufen, jedenfalls für Normalbürger, auf eine Verring-erung des Wettbewerbsdrucks hinaus: etwa der Ausbau der Systeme sozialer Sicherheit (vgl. 223), Umverteilung durch Steuern (vgl. 225), Mindestlöhne (vgl. 225) oder gar Handelsbeschränkungen (vgl. 219).

⇒ Der unerkannte Zwang zum Unternehmertum

Auch wenn die von Stiglitz vorgeschlagene Politik in die richtige, die »reale« allgemeine Freiheit befördernde Richtung weist, ist seine Prob-lemdiagnose doch deutlich verkürzt, da diese auf einer sachlich ver-fehlten Wettbewerbstheorie basiert, die Wettbewerb von seinem ver-meintlichen Ergebnis her definiert – vor allem: niedrige (oder gar sin-kende?) Preise, jedenfalls keine steigenden –, statt ihn als soziales Be-ziehungsgefüge zu begreifen; nämlich zwischen denjenigen, denen ge-genüber die Exit-Option gewählt wird (Kündigung, Lohnsenkungen, Preiserhöhungen usw.), und denjenigen, die nun stattdessen in den (womöglich zweifelhaften) Genuss der Tauschvorteile gelangen. Da der Wettbewerb sich dieser Sichtweise zufolge nur zwischen Unterneh-men (letztlich: Kapitalfraktionen) abspielt (und nicht zwischen Beschäf-tigten und zu »Standorten« degradierten Gemeinwesen, die das Kapital gegeneinander ausgespielt) und dabei auch noch umso »vollständiger« bestehe, je weniger Wettbewerb tatsächlich stattfindet, bleibt der ei-gentliche Wettbewerb in seiner Problematik unerkannt. Er avanciert ge-nau im Gegenteil, jedenfalls konzeptionell, zur Mutter aller Lösungen.

(4) Vgl. Thielemann 2010, 209f., 219f. und die dort angegebenen Quellen.

(5) Selbstverständlich sind Preiserhöhungen, so sie nicht physisch erzwungen werden, Aus-druck von Wettbewerb, von Käuferwettbewerb nämlich, der ein Komplement zum Verkäufer-wettbewerb bildet, vgl. Thielemann 2010, 229–257.

Und damit bleibt der ubiquitäre, sich immer weitere Lebensbereiche unterwerfende Wettbewerb als die eigentliche Quelle des Freiheitsverlusts verdeckt. Dieser wirkt nämlich als eine Art unpersönliche Erziehungsanstalt: »Der Wettbewerb ist [...] ein Prozess der Erziehung, der den Menschen [...] antreibt, dem rationalen Menschen – und damit dem ›homo oeconomicus‹ – ähnlich zu werden.« (Arndt 1975, 257) Selbst wenn man, wie der Ökonom Helmut Arndt, diese Entwicklung feiert (weil im unbändigen Vorteilsstreben der Inbegriff praktischer Vernunft erblickt wird), handelt es sich in der Sache um einen Freiheitsverlust.

Aufhorchen lässt Stiglitz in diesem Zusammenhang, wenn er festhält, dass »unser Wirtschaftssystem selbst Präferenzen und Überzeugungen prägt (14), »Menschen formt« (141), »eigennützige, materialistische und oft unehrliche Bürger« erzeuge (209). Doch wird dies weder substantiiert noch werden die Wirkungsmechanismen aufgezeigt. Im Kapitel 9 über die »Formung von Menschen und ihren Überzeugungen« (168–193) geht es allein um den »gezielten« Einfluss von *Big Tech* und Medienplattformen auf die Meinungsbildung.

In einer bemerkenswerten Passage, unmittelbar vor dem besagten Kapitel 9 (das diesbezüglich enttäuscht), ist davon die Rede, dass »der Kapitalismus, durch die Art, wie er die Leute formt«, ihnen »viel von ihrer Freiheit zu handeln entzieht« (165f.). Nicht nur dies, wäre zu ergänzen: er nimmt ihnen die Freiheit, diejenigen zu sein, die sie wirklich sein wollen; er greift in ihr Allerpersönlichstes ein. Aber durch welche Kanäle gelingt ihm dies? Wäre dies der Wettbewerb, stünde dies im krassen Gegensatz zu Stiglitz' grenzenloser Wettbewerbsaffirmation; er müsste sein Konzept dann komplett umschreiben.

Es sei, heißt es bei Stiglitz weiter, »unser System eines darwinistischen Kapitalismus«, das auch noch »dem reichen Kapitalisten« keine andere Wahl lasse, als seinen Mitarbeitern »das Minimum zu zahlen, das sich durchsetzen lässt«, denn sonst fehlten ihm die Überschüsse, die er benötige, »um zu überleben und zu expandieren« (165f.). Dies wird zwar sogleich wieder insofern relativiert, als dass der »reiche Kapitalist« auch ein weniger luxuriöses Leben führen und dafür höhere Löhne zahlen könnte; es bleibe allerdings bei der Notwendigkeit, zu reinvestieren, um »zu überleben und zu expandieren«. Woher dieser Zwang kommt und wer ihn ausübt, darüber schweigt der Starökonom.

Selbstverständlich ist es nichts anderes als die Kraft des Wettbewerbs, die hier ihre darwinistische Wirkung entfaltet. Sollte er höhere Löhne zahlen als »nötig«, würden andere Kapitalisten, die weniger Skrupel haben, in die Bresche springen und die Löhne, sofern rentabel durch-

setzbar, drücken (oder gleich die Produktion verlagern), was tiefere Preise erlaubt, und folglich diesen anderen Kapitalisten mit all seinen Beschäftigten früher oder später verdrängen. Dieser dürfte dabei »entdecken« (Hayek), dass es ratsam ist, jenem zuvorzukommen, denn »die Konkurrenz«, die eine »allgegenwärtige Drohung« bildet, nimmt die Marktteilnehmer (nicht nur den Kapitalisten) bereits »in Zucht, bevor sie angreift« (Schumpeter 1993, 140). Dem Wettbewerb unterliegen selbstverständlich nicht nur Kapitalisten (Eigentümerunternehmer), sondern auch und vor allem Beschäftigte. So möge sich der fragliche Kapitalist, der seine Beschäftigten unter Druck setzt, »damit trösten«, dass es seinen Mitarbeitern mangels verfügbarer Alternativen sonst noch schlechter ginge. Schließlich »hätten sie die gegenwärtige Beschäftigung nicht akzeptiert, wenn sie woanders ein besseres Angebot erhalten hätten« (166). Wir haben es hier ja nicht mit Zwangsarbeit zu tun, wäre zur Klarstellung zu ergänzen. Hier wirkt allein negative Macht, der Entzug von bislang gewährten Leistungen oder ihre Androhung, nicht positive Macht; niemand wird hier physisch zu etwas gezwungen. Womöglich und mit einiger Wahrscheinlichkeit wurden die Beschäftigten zuvor aus einer anderen Beschäftigung via Wettbewerb verdrängt und sind froh, endlich wieder »ausgebeutet« (wie Marxisten formulieren würden) zu werden.

Stiglitz hätte Max Weber studieren sollen, der bereits vor mehr als 100 Jahren den Freiheitsverlust, der aus der »freien« Entfaltung der Marktkräfte resultiert, luzide beschrieben hat. »Der heutige, zur Herrschaft im Wirtschaftsleben gelangte Kapitalismus [...] erzieht und schafft sich im Wege der ökonomischen Auslese« – also durch den darwinistischen Wettbewerb – »die Wirtschaftssubjekte – Unternehmer und Arbeiter – deren er bedarf.« (Weber 1988, 37) Letztlich erzieht der Wettbewerb zum »Marktgehorsam« (Nell-Breuning). Er generiert einen »unpersönlichen Zwang«, der »alle, deren Einkommen vom Markt abhängt«, dazu »zwingt«, ihre »Gewohnheiten und Gebräuche« zu ändern, und zwar so, dass in ihnen ein »Unternehmergeist« entfacht wird (Hayek 1969, 260f.). Freiheit? Fehlanzeige!⁶

Dieser Marktgehorsam funktioniert natürlich nur, wenn man die Verursacher nicht greifen kann, sodass wir, statt andere zur Verantwortung zu ziehen, auf den Druck mit »Selbstverantwortung« antworten. Er funktioniert nur als »herrenlose Sklaverei« (Weber 1972, 109). Die »unsichtbare Hand« existiert sehr wohl, nur wirkt sie nicht zum Wohle aller

(6) Ulrich Bröckling (2007, 76–107) hat ganz Recht, wenn er festhält, dass die Marktlibertären uns die beste Auskunft über die »Wahrheit des Marktes« geben.

(sondern zum Wohle der »Lebensunternehmer«⁷ und des Kapitals) und ist besser als ›verbergende Hand‹ zu fassen. Diese sei es, so der Freihandelsapostel Jagdish Bhagwati (1996, 33), »die verhindert, dass die Leute wissen, wer und vermutlich was den Verlust ihres Arbeitsplatzes in ihrer Fabrik verursacht hat«. Also, so die Botschaft des Marktes: Streng Dich selbst an, studiere möglichst Betriebswirtschaftslehre, um im Zweifel auf Seiten der Entlassenden statt der Entlassenen zu stehen! Investiere in Dein Humankapital! Das ist die beste Versicherung dafür, nicht abzustürzen bzw. »ausgelesen« (Weber) zu werden.

Von all dem ist bei Stiglitz, obwohl er doch den Freiheitsverlust durch »entfesselte Märkte« aufzeigen möchte, nichts zu lesen. Seine Wettbewerbsaffirmation hält ihn davon ab. Und so ist auch nirgends ein Bezug auf die berühmte Formel Schumpeters vom Wettbewerb als »Prozess schöpferischer Zerstörung« zu finden, sodass gar nicht erst die Frage auftauchen kann, was denn da »zerstört« wird (letztlich Lebensformen) und für wen das alles »schöpferisch«, d.h. vorteilhaft ist – und für wen nicht.

⇒ Der politische Freiheitsverlust

Nur der demokratische Rechts- und Sozialstaat wäre in der Lage, Schutz vor den freiheitszersetzenden Kräften des instanzlos ablaufenden, zugunsten von Kapital und Lebensunternehmertum »parteilich« (Ulrich 2016, 159–174) funktionierenden Wettbewerbs zu bieten. Nur er könnte durch Regulierung und Gewährung sozialer Sicherheit den Wettbewerbsdruck mindern. Doch fatalerweise ist die rettende Instanz seit geraumer Zeit selbst unter Wettbewerbsdruck geraten. Der Verlust an politischer Freiheit, an Volkssouveränität, wird unter Begriffen wie »Postdemokratie« (Colin Crouch), »Demokratieentleerung« (Wilhelm Heitmeyer), »Fassadendemokratie« (Jürgen Habermas) oder auch, eigenartigerweise affirmativ gemeint, »marktkonforme Demokratie« (Angela Merkel) verhandelt.

Dies erkennt selbstverständlich auch Stiglitz. Allerdings beschränkt er das Problem des politischen Freiheitsverlusts auf überschuldete Staaten des Südens, indem diese IWF und Weltbank um Hilfe bitten, die dann ›Strukturanpassungsprogramme‹ verordnen. Durch die von diesen Institutionen erzwungene Liberalisierung der Kapitalmärkte erhielte das Kapital faktisch eine ›Veto-Macht‹. »Sollten die Bürger eines

(7) Dies ist ein Begriff, der in den 1990er Jahren aufkam und Personen bezeichnet, die ihr Leben insgesamt als fortwährende Investition in ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit begreifen.

Landes mutig genug sein, eine progressive Politik in Erwägung zu ziehen, würden sie rücksichtslos bestraft« (259) – durch den Abzug von Kapital nämlich, das dann nicht mehr die (warum eigentlich?) dringend benötigten Arbeitsplätze schafft, sondern solche zerstört. In den meisten Fällen wirke diese Drohung, und die Wähler »geben ihre Stimme dem Kandidaten nach dem Geschmack der Wall Street« (248). Warum sollte man dann noch wählen gehen, wenn ohnehin alles vorentschieden ist? Alan Greenspan bejubelte bereits vor knapp 20 Jahren, dass »die Welt« nicht durch politische Entscheidungen, sondern »durch Marktkräfte regiert« werde (vgl. Thielemann 2011, 820).

Dies ist in der Tat ein massiver politischer Freiheitsverlust. Aber ist es der IWF, der die Demokratie schwächt und diesen Staaten ihre Souveränität raubt? Warum benötigen diese Staaten denn das Geld, das ihnen IWF und Weltbank gewähren, so dringend (vgl. 237)? Den tieferen Gründen der Staatsverschuldung – im Süden wie im Norden – kann hier nicht nachgegangen werden. Im Falle des Südens dürften vor Jahrzehnten vorgenommene, schuldenfinanzierte Investitionen in den Rohstoffextraktivismus, die sich dann, durch einen ruinösen Wettbewerb zwischen diesen Staaten selbst, als Fehlinvestitionen erwiesen, eine wichtige Rolle gespielt haben. Und auch die Drohung durch Kapitalabzug geht nicht von politischen Institutionen wie IWF und Weltbank oder von Freihandelsabkommen aus, sondern von den Investoren selbst. Politische Entscheidungen nach Vorgaben des Washingtoner Konsensus haben diese Machtentfaltung bloß ermöglicht. Sie haben den Markt »entfesselt«. Man müsste ihm nun wieder Fesseln anlegen.

Dass Stiglitz nicht tief genug ansetzt und den Wettbewerbsdruck als Faktum und Ausgangspunkt hinnimmt, zeigt sich etwa daran, dass er bloße »Anpassungshilfe« vorschlägt (die durch neoliberale Austeritätspolitik verunmöglicht werde) – obwohl er den grundlegenden Zusammenhang zwischen »Schöpfung« und »Zerstörung« (ohne freilich auf Schumpeter zu rekurrieren) durchaus auch erkennt: »If exports created jobs, imports destroyed jobs.« (250) Die Wettbewerbsverhältnisse werden auch dann als eine Gegebenheit akzeptiert, wenn Stiglitz gegenüber der radikal neoliberalen *Doing Business*-Rangliste der Weltbank, die Länder mit tiefen Unternehmenssteuern, wenig Regulierung und schwachen Gewerkschaften belobigt, einen *business case* (bzw. einen *competitiveness case*) in Stellung bringt, denn schließlich sei eine »gute öffentliche Infrastruktur oder eine gut ausgebildete Arbeiterschaft« doch auch einem »guten Geschäftsumfeld« dienlich (258). Andererseits plädiert Stiglitz recht unzweideutig für protektionistische, also wettbewerbsbeschränkende Maßnahmen (ohne freilich zu wagen,

den Begriff zu verwenden). Neben den bereits erwähnten Handelsbeschränkungen fordert er Kapitalverkehrskontrollen (vgl. 259) und ganz generell eine »Mäßigung und Zähmung der Märkte«, die eine »befreiende« Wirkung hätten (275).

Es mag dem vorrangigen Blick aus den und auf die USA (die nach wie vor die Weltleitwährung stellt) und daneben nur auf Schwellen- und Entwicklungsländer geschuldet sein, dass Stiglitz die Demokratieentleerung und den politischen Freiheitsverlust auch noch innerhalb der (gesamthaft) reichen, altindustrialisierten Volkswirtschaften des Westens (im Wesentlichen den OECD-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland), unterbelichtet lässt. »Jeder Tag, jede Entscheidung meiner zukünftigen Regierung wird nur eine einzige Frage haben: Ist sie gut für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie?«, verkündigte Friedrich Merz kurz vor seiner Ernennung zum Bundeskanzler. Was die richtige Politik ist, gilt als bereits von »den Märkten« vorentschieden. Es käme nur darauf an, denjenigen ökonomischen Technokraten die Amtsgeschäfte zur Führung des Landes zu überantworten, die am besten dazu in der Lage sind, für das global zirkulierende Kapital attraktive Standortbedingungen zu bieten und diese (gegen Widerstände) zu gewährleisten, was »Wirtschaftskompetenz« genannt wird. Der ungeheure politische Freiheitsverlust, der in dieser Konstellation enthalten ist, ist in der politischen Diskussion Anathema – was die Schwere dieses Freiheitsverlustes nur noch einmal unterstreicht.

In Stiglitz' *The Road to Freedom* taucht der Begriff Wettbewerbsfähigkeit kein einziges Mal auf. Die Gründe sollten klar geworden sein. Doch immerhin ist ein Anfang gemacht, den »überwältigenden« (Weber 1988, 203) Freiheitsverlust durch die dynamische Entfaltung freier Märkte, den Max Weber vor langer Zeit (und in deutlich weniger weit fortgeschrittenem Stadium der Entwicklung) beschrieben hat, erneut zum Thema zu machen – von einem durch einen Nobelpreis sozusagen geadelten und damit auch vom Mainstream tendenziell ernstgenommenen Ökonomen.

⇒ Literaturverzeichnis

Arndt, Helmut (1975): Wettbewerb der Nachahmer und schöpferischer Wettbewerb, in: Herdzina, Klaus (Hg.), Wettbewerbstheorie, Köln: Kiepenheuer und Witsch, 246–274.

Bhagwati, Jagdish (1996): The Demands to Reduce Domestic Diversity among Trading Nations, in: ders./Hudec, Robert E. (Hg.), Fair Trade and Harmonization, Cambridge: MIT Press, 9–40.

Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Fritsch, Michael/Wein, Thomas/Ewers, Hans-Jürgen (2005): Marktversagen und Wirtschaftspolitik, 6. Aufl., München: Vahlen.

Hayek, Friedrich A. von (1952): Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Erlenbach-Zürich: Rentsch.

Hayek, Friedrich A. von (1969): Freiburger Studien, Tübingen: Mohr.

Schmidtchen, Dieter (1988): Fehltritte über das Konzept der Wettbewerbsfreiheit, in: Ordo, Stuttgart: Gustav Fischer, 111–135.

Schumpeter, Joseph A. (1993): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 7. Aufl. 1993, Tübingen: Francke.

Thielemann, Ulrich (2008): Der unbemerkte Sachzwang zum Unternehmertum. Zur Aktualität Max Webers im Zeitalter globalen Wettbewerbs, in: Pfeiderer, Georg/Heit, Alexander (Hg.), Wirtschaft und Wertekultur(en). Zur Aktualität von Max Webers »Protestantischer Ethik«, Zürich: TVZ, 75–103.

Thielemann, Ulrich (2010): Wettbewerb als Gerechtigkeitskonzept. Kritik des Neoliberalismus, Marburg: Metropolis.

Thielemann, Ulrich (2011): Das Ende der Demokratie, in: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 12/2011, 820–823.

Thielemann, Ulrich (2020): Heterodoxy, positivism and economism. On the futility of overcoming neoliberalism on positive grounds, in: real-world economics review, Nr. 94, 9, 149–185, <http://www.paecon.net/PAERReview/issue94/Thielemann94.pdf>.

Ulrich, Peter (2016): Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, 5. Aufl., Bern: Haupt.

Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft, 5. rev. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck.

Weber, Max (1988): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen: Mohr Siebeck.

Ulrich Thielemann, *1961, PD Dr. oec., Direktor von MeM – Denkfabrik für Wirtschaftsethik (ulrich.thielemann@mem-wirtschaftsethik.de).

Zitationsvorschlag:

Thielemann, Ulrich (2025): Rezension: Freiheitsverlust durch Marktversagen? Joseph Stiglitz' The Road to Freedom kann nur teilweise überzeugen (Ethik und Gesellschaft 2/2025: Steuern und Verschulden. Eine gerechtere Finanzierung steigender öffentlicher Ausgaben). Download unter: [https://dx.doi.org/ 10.18156/ eug-2-2025-rez-17](https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2025-rez-17) (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialetik

2/2025: Steuern und Verschulden. Eine gerechtere Finanzierung steigender öffentlicher Ausgaben

Philipp Kriele-Orphal
 Die Schuldenbremse des Grundgesetzes als demokratietheoretisches Problem

Korinna Schönhärl und Caren Sureth-Sloane
 Steuern und Steuergerechtigkeit – Ein Gespräch

Sebastian Huhnholz
 Steuergerechtigkeitsperspektiven in Zeiten fiskalischer Transformation – Versuch einer kritischen Einordnung

Julia Jirmann und Franziska Vollmer
 Wie kann die Besteuerung in Deutschland gerechter gestaltet werden?

Jonas Hagedorn
 Sozialstaatliche Demokratie und progressive Besteuerung. Eine sozialetische Perspektive.

Julian Degan
 Gerechtigkeit durch Bodenbesteuerung? Eine wirtschaftsethische Reflexion unterschiedlicher Grundsteuermodelle in Deutschland

Ulrich Klüh
 Vermögensbesteuerung als terrestrische Wirtschaftspolitik. Probleme, Widerstände und Ausgestaltungsoptionen

Anna Ott
 Wie gerecht ist die Kirchensteuer?